GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 3.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 196 B — BERLIN • Sonntag, den 21. August 1932 — 1. JAHRGANG

Kommunistenmörder vor Gericht!

Trotz drohender Todesstrafe glänzende Laune der Angeklagten!

Sie beziehen Terrorverordnung nicht auf sich.

Hk. Bei weiterer Passivität des Anklägers und glänzender Laune (Lachen, Witzen) auf der Anklagebank ist der Prozeß in Beuthen am Freitag weitergegangen. Aus den weiteren Aussagen der Angeklagten und den ersten Zeugenvernehmungen tritt der Hergang des Mordes ziemlich klar heraus.

Mehrere Angeklagte gehören dem SA-Sturm 25 in Rokittnitz an. Einer von ihnen, Wolnitza, sagte aus, daß er von seinem Sturmführer den Befehl erhalten hätte, sich beim Sturmführer Nowak in Broslawitz zu melden. Beim dortigen SA-Heim trafen sich noch andere SA-Leute. Einige Pistolen wurden ausgegeben. Der dortige Sturmführer Nowak, ein ehemaliger Polizeiwachtmeister, sagt aus, daß vor seinem SA-Heim ein SS-Mann erschienen sei und ein Auto mit neun Mann angefordert habe. Das will Nowak, ohne zu wissen, zu welchem Zweck, zur Verfügung gestellt haben. Neun Mann, die sich freiwillig dazu meldeten, schickte er mit. Dann ging's im Auto nach Tworog zum Gastwirt Hoppe, der — laut Aussage des Angeklagten Wolnitza — noch ein paar Pistolen holen ließ, nachdem der Rokittnitzer SA-Mann Gräupner ihm gesagt hatte, es seien zu wenig Pistolen da. Die Autofahrt ging dann nach Potempa, wo man beim Gastwirt Lachmann abstieg. Hier gab es Bier und Schnaps und — wiederum nach Aussage Wolnitzas — fiel hier neben anderem die Bemerkung Lachmanns,

es dürfe keine halbe Arbeit gemacht werden.

Lachmann, Gemeindevorsteher von Potempa und Mitglied der NSDAP, hatte eine heftige persönliche Feindschaft gegen den ermordeten Pietrzuch. Aus den Aussagen mehrerer Angeklagter und des als Zeugen vernommenen, für Potempa zuständigen Landjägers tritt die Rolle Lachmanns als des Anstifters deutlich hervor. Seine politische Charakterlosigkeit ging aus der Aeußerung des Landjägers hervor, daß Lachmann vor nicht langer Zeit noch „Heil Moskau!" gerufen, dann eine Zeitlang der Zentrumspartei angehört habe, auf deren Liste er heute noch stehe, obwohl er seit einiger Zeit Nazi ist. Ueber das, was sich dann im Hause Pietrzuch abspielte, spricht am klarsten die Zeugenaussage des Bruders Alfons des Ermordeten:

Alfons: Als ich aufwachte, standen zwei Männer an unserem Bett und riefen: „Hände hoch! Konrad raus!"

Meine Mutter war aufgewacht. Der Mann sagte noch zu uns: „Raus ihr verfluchten Kommunistenhunde!" Dann wurde mein Bruder von den Tätern aus dem Bett gerissen und mißhandelt.

Vorsitzender: Ist er etwa aufgesprungen und hat dem Täter die Bettdecke über den Kopf geworfen?

Alfons: Das habe ich nicht gesehen. Sie rissen Konrad an den Füßen aus dem Bett und schlugen auf ihn los.

Vorsitzender: Was mit Ihrem Bruder dann außerhalb des Bettes passiert ist, wissen Sie nicht?

Alfons: Nein. Ich habe einen Schlag über den Kopf bekommen und war vollkommen benommen.

Vorsitzender: War denn das Zimmer beleuchtet?

Alfons: Hin und wieder brannten die Täter eine elektrische Taschenlampe an. Ich lag in dem gleichen Bett wie mein Bruder und als ich den Schlag bekam, habe ich mich umgewandt und nichts mehr sehen können.

Vorsitzender: Haben Sie bemerkt, daß Ihr Bruder und ein anderer im Handgemenge hinfielen?

Alfons: Nein. Ich habe nur gehört, daß man meinen Bruder geschlagen hat.

Vorsitzender: Waren es viele Schläge?

Alfons: Es waren sehr viele. Mein Bruder konnte noch auf die Kammer zulaufen und schrie dabei: Alfons! Alfons! Dann trat einer zu mir und rief: Raus und an die Mauer! Und dann stellten sie mich mit dem Gesicht an die Wand. Einer von den Tätern hat dann die Tür zur Kammer geöffnet, mit der Taschenlampe hineingeleuchtet und einen Schuß hinein abgegeben. Nachdem der Schuß abgegeben war, sind alle Täter geflüchtet. Ich hörte, wie mein Bruder in der Kammer röchelte. Das dauerte zwei bis drei Minuten.

Alfons Pietrzuch erinnert sich genau an die Zeit, sodaß der Versuch des Verteidigers Luetgebrune, die Tat um einige Stunden vorzudatieren und sie dadurch der Anwendung der verschärften Notverordnungsbestimmungen zu entziehen, mißlang: Die Tat geschah eineinhalb bis zwei Stunden nach Inkraftreten der Notverordnung.

Aus Luetgebrunes Tätigkeit in dieser Verhandlung ist nur sein

Antrag auf Ausschließung der Oeffentlichkeit

bemerkenswert. Er stellte ihn, als die Verhandlung auf die Beziehungen zwischen dem oberschlesischen Selbstschutz, dem verschiedene Angeklagte angehören, und der SA zu sprechen kam. An dieser Stelle meinte der in Sachen der Wehrverbände und der Feme erfahrene Anwalt, bei Oeffentlichkeit der Verhandlung sei die Sicherheit des Staates gefährdet. Nach einer Mittagspause wurde jedoch die Verhandlung öffentlich weitergeführt.

Was man bei den Berichten über die Beuthener Verhandlung völlig vermißt, ist sowohl beim Vorsitzenden als auch beim Staatsanwalt die Schärfe des Fragens — jene Schärfe, die zur Enthüllung der Wesenszüge der Tat oder aber der tötlichen Verlegenheit der Angeklagten zwingt. Was würde ein Verhandlungsleiter, der es wollte, hier noch durch Fragen herausholen können! Aber es geschieht nicht. Deswegen braucht auch Luetgebrune fast nichts zu tun; er hütet sich, das harmlose Geplätscher zu stören.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

AUS DEM INHALT:

Die Politik der Zufälle. / Schobers Tod.
Ungeheuerliche Strafanträge in Ohlau.
Wer darf Waffen besitzen?
Zu den Reichstagsanträgen der SPD.
Zum Verbandstag der Metallarbeiter.
Unterschätzt die Siedlung nicht!

Hitler und Mussolini.

Von Wolfgang Dolenz.

Die Erklärung Adolf Hitlers bei seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten, er beanspruche in Deutschland die gleiche Stellung, die Mussolini nach seinem Marsch auf Rom errungen habe, machen eine Vergleichung zwischen dem italienischen und dem deutschen Anmarsch des Faschismus auf die Staatsmacht erforderlich. Die Analoglen zwischen den beiden Bewegungen sind, ganz abgesehen von äußeren Erscheinungen („Führer"- und „Duce"-Titel, Braun- und Schwarzhemden, „rämischen" Gruß u. s. w.), außerordentlich groß. Das deutsche Volk erlebt seit Jahren genau dasselbe, was Italien vom September 1920 bis zum berühmten „Marsch auf Rom" — über den heute noch so viel Lügen im Umlauf sind — durchgemacht hat.

Benito Mussolini ließ im Jahre 1915 die Sozialistische Partei, bei der er Chefredakteur war, im Stich. Durch französisches Geld (im Wert von annähernd Dreiviertel Millionen Mark) bestochen, gab er seine frühere Friedenspropaganda auf, spornte die damaligen italienischen Machthaber zum Krieg gegen Oesterreich an und gründete im Jahr 1919 die faschistische Partei. Das Programm dieser Partei, das als freiheitlich, wenn nicht sogar als sozialistisch zu bezeichnen war, bestand u. a. in der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Waffenfabriken und in der Verteilung des Großgrundbesitzes unter die Kriegsteilnehmer. Dieses Programm behielt jedoch nur Geltung bis zum September 1920, der Zeit, als das Proletariat unter Führung der Kommunisten die Fabriken besetzt hatte.

Während des Krieges war die Sozialistische Arbeiterpartei Italiens zu ungeahnter Entfaltung gelangt: von 8000 Gemeinden waren 2136 in sozialistische Hände übergegangen, darunter auch wichtige wie jene der Großstadt Mailand, viele andere befanden sich in Händen von Christlich-Sozialen, von Liberalen und von Kommunisten. Konsumvereine, Volkshäuser, Gewerkschaften wurden andauernd neu errichtet; es war zu erwarten, daß dieses Erwachen der Demokratie zu einer Staatsumwälzung durch Umsturz der Monarchie und der Stände führen würde.

Als dann das Proletariat durch die Kommunisten sich verleiten ließ, *ohne jede Vorbereitung* die Fabriken zu besetzen (die sie eine Woche später wieder verlassen mußten), gerieten die Stände des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und des Großkapitals in größte Angst und erwarben, durch Vermittlung des damaligen Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti, die Hilfe Mussolinis und dessen Partei zur Niederwerfung und Zerstörung der proletarischen Errungenschaften. Offiziell war die Losung, wie es heute in Deutschland auch bei der Regierung Papen der Fall ist, die „kommunistische Gefahr", die für den Staat in der Tat gar nicht bestand, zu beschwören. Die Spitze der reaktionären Aktion war in Wahrheit gegen die Sozialistische Partei gerichtet, als die damals mächtigste Führerin im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterschaft und gegen die Ausbeutung seitens des Großkapitals. Die Kapitalisten versorgten die Faschisten mit Mannschaften, Waffen und Geld. Die Regierung, darin unterstützt von einem Teil des Staatsapparates und der Beamtenschaft, sorgte dafür, daß durch geeignete Gesetze die Bevölkerung entwaffnet wurde, daß durch häufige Amnestien die faschistischen Mörder und Brandleger freigesprochen würden, daß die Polizei nicht ihren Pflichten nachkam, sich nicht gegen Faschistenterror einsetzte.

Mussolini beging während dieser Zeit seinen zweiten, nicht gerade unentgeltlichen Verrat an der Arbeiterschaft; Giolitti dagegen hoffte — wie er selber später erklärte — die faschistische Bewegung bis zur Erreichung seiner Zwecke ausnützen und sie dann fallen lassen zu können.

Zwei Jahre lang dauerte in Italien der latente Bürgerkrieg, in dem etwa 30 000 Tote auf Seiten der Demokraten und nur etwa 400 auf Seiten der Faschisten zu verzeichnen gewesen sind.

Die Sozialistische Partei war in drei sich gegenseitig und auf rein theoretischem Gebiet bekämpfende Richtungen gespalten. Die Kommunisten gingen ihre eigenen Wege, viele von ihnen tauchten sogar im Faschismus unter; auch die anderen demokratischen Parteien erkannten nicht die Notwendigkeit einer Einheitsfront und rieben sich in einem ergebnislosen Einzelkampf auf. Das Volk, fast vollkommen entwaffnet, war, ohne tatkräftige Führung, nur auf sich selber angewiesen. Es verging fast kein Tag ohne schamlose Gewalttätigkeiten und feige Morde seitens der Faschisten, die im Staate eine Sonderstellung einnahmen und ihre Verbrechen im Namen der „nationalen Notwendigkeit" begingen. Wenn viele untergeordnete Richter und Polizeibeamten sich auch bemühten, ihrer Amtspflicht nachzukommen, kamen dauernd von der Obrigkeit Anweisungen, die Hindernisse schufen bei der strafrechtlichen Verfolgung der faschistischen Verbrecher, unter denen sich eine Menge mehrfach und wegen gemeiner Delikte vorbestrafter Leute befand. In der Regierungspräsidentenschaft folgten auf Giolitti, auf parlamentarischem Wege, Bonomi und Facta, die jede Kontrolle über den Faschismus verloren.

Am 24. Oktober 1922 versammelten sich alle Schwarzhemden Italiens, etwa 30 000 bewaffnete Menschen in Neapel, um von dort den berühmten „Marsch auf Rom" anzutreten. Mussolini blieb vorsichtshalber in Mailand, ein Auto vor der Redaktions-

für, um schnellstens nach der Schweiz zu entkommen, falls sein Staatsstreich mißlungen wäre. *Von Mailand aus* sandte Mussolini der italienischen Regierung das Ultimatum, ihm die Staatsmacht auszuliefern. Die Regierung jedoch antwortete am 26. Oktober mit der Verhängung des Ausnahmezustandes. Der Versuch des heutigen Diktators Italiens wäre gänzlich in die Brüche gegangen, wenn der König Victor Emanuel III. sich nicht (durch die eigene Angst um den Thron und durch Vertrauensleute wie den General De Vecchi, den heutigen Botschafter beim Vatikan, und den Herzog von Genua getrieben) zu einem Verfassungsbruch durch Absetzung der derzeitigen Regierung hätte verleiten lassen und am 28. Oktober nicht Mussolini mit der Bildung der neuen Regierung betraut hätte. **Erst am 31. Oktober 1922, als jede Gefahr eines Volksaufstandes verschwunden war, wurden Freizüge zur Verfügung der in Neapel noch angesammelten Schwarzhemden gestellt und diese „marschierten" per Bahn nach Rom, während Mussolini durch Sonderzug und Schlafwagen aus Mailand auch „anmarschiert" kam. Der „Marsch auf Rom" hat daher gar keinen revolutionären und heldenhaften Charakter gehabt, die Bahnreise der Faschisten nach der Hauptstadt ist erst erfolgt, nachdem Mussolini schon seit drei Tagen und nur durch Verfassungsbruch des Königs Regierungschef geworden war.**

Einen ähnlichen Verfassungsbruch hat am 13. August dieses Jahres Adolf Hitler vom deutschen Reichspräsidenten gefordert, jedoch dabei weniger Glück *als sein Vorgänger und Vorbild Mussolini* gehabt!

In Italien wurde der angehende demokratische Staat vom Obrigkeitsstaat und dieser, durch maßgebenden Eingriff des Staatsoberhauptes, vom Faschismus in wenigen Wochen zerstört. Es wurde eine Diktatur eingesetzt, die jede Volkserrungenschaft, jede bürgerliche Freiheit, jede Gerechtigkeit und Kultur in zehn Jahren abschaffte, alle Quellen des privaten und öffentlichen Wohlstandes zu Gunsten der faschistischen Parteiführer zu Grunde richtete und auch den Staat in eine Finanzkrise stürzte, für deren Bestehen ich den Beweis noch antreten werde! Daß Adolf Hitler und seine Unterführer Straßer, Goebbels, Göring, Röhm, Heines, Frick u.s.w. dieselbe glanzvolle Karriere beanspruchen, wie sie Mussolini, Balbo, Grandi, Rocco, De Vecchi u.v.a. gemacht haben, ist leicht verständlich; daß sich aber Millionen von kultivierten Deutschen und auch Proletarier finden lassen, die für Deutschland die italienischen Zustände herbeiwünschen, das kann man nicht begreifen! In Italien ist die faschistische Partei immer eine verschwindende Minderheit gewesen und eine solche auch geblieben, wenn man von den 1 100 000 Mann der Parteimiliz absieht: denn diese Leute sind *Söldlinge*, die zum Teil aus dem schlimmsten Verbrechertum zugelaufen und zum Teil von Jugend auf in der ihnen in der Schule beigebrachten Anbetung Mussolinis aufgewachsen sind und denen, *gegen täglichen Sold von drei Mark* (15 Lire 50 Cent) *und freie Verpflegung* die Pflicht obliegt, die Regeirung gegen die Mehrheit des Volkes zu verteidigen. Viele dieser Milizleute gehören nicht der Partei an.

Für das Wohl des deutschen Volkes, auch derjenigen, die heute gänzlich verblendet, einen Mann vergöttern, der im Dienste des Großkapitals steht und italienische Zustände anstrebt, ist es nur zu wünschen, daß der bestehende Bruch zwischen den Verkündern des Dritten Reiches und dem deutschen Staatsoberhaupt *unüberbrückbar* bleibe, daß die Papen-Regierung, die, wie seiner Zeit die Regierung Giolittis, die Nationalsozialisten als „aufbauende nationale Kräfte" verwenden will, rechtzeitig gestürzt werde, um für den Fortschritt den Weg frei zu machen!

Die deutsche Wirtschaftskrise ist eng mit der Weltkrise verbunden. Nicht die Schwerindustriellen, die ostelbischen Barone, die abgesetzten Fürsten, die pensionierten Generäle, die alle die sogenannte nationalsozialistische *„Arbeiter"*-Partei bilden und unterstützen und denen die Mitschuld am Krieg und an der heutigen Wirtschaftslage zukommt, werden diese beseitigen können, sondern nur die Arbeiterorganisationen, wenn sie endlich die Notwendigkeit einer einträchtigen Zusammenarbeit auf den Wegen der Beseitigung des privaten Großkapitals, der Zollmauern und des Kampfes gegen den Nationalismus erkennen werden.

Die Politik der Zufälle.

Abstimmungen im österreichischen Bundesrat. — Schobers Tod.

S. H. Zwei Ereignisse, die am Freitag in Oesterreich eingetreten sind, beleuchten schlaglichtartig die Unsicherheit und die durch Zufälle bestimmte Politik Oesterreichs, wie sie zur Zeit vor allem in der Frage des Lausanner Protokolls zu Tage tritt.

Im Bundesrat ist das Lausanner Protokoll, das im Nationalrat mit einer Stimme Mehrheit angenommen war, abgelehnt worden, und durch den Tod Schobers, der am Freitag abend eingetreten ist, ist das Stimmenverhältnis für die neue Abstimmung, die nunmehr im Nationalrat vorgenommen werden muß, von neuem verschoben.

Die Bundesratsabstimmung.

Am Freitag nachmittag hat der Bundesrat gegen die Annahme des Lausanner Protokolls Einspruch erhoben. Der Beschluß kam mit 27 Stimmen der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten, der Großdeutschen und des Heimatblocks gegen 22 Stimmen der Christlich-Sozialen und des Landbundes zustande. Die Gründe für den Einspruch waren dieselben, die von seiten der Sozialdemokraten bereits im Nationalrat geltend gemacht worden waren:

1. Der durch das Protokoll für 20 Jahre verhinderte Anschluß Oesterreichs an Deutschland.
2. Die Auslandskontrolle über Oesterreichs innere Verhältnisse.
3. Die für Oesterreich nachteiligen wirtschaftspolitischen Bestimmungen.
4. Die Gefährdung von sozialpolitischen Errungenschaften, die bei der Durchführung des Protokolls auftreten könne.

Vor der Abstimmung nahm als Vertreter der Sozialdemokraten der General a. D. Körner das Wort, der selbstverständlich gegen das Protokoll sprach. Vorher hatten drei nationalsozialistische Redner durch Dauerreden das Niveau der Aussprache völlig gesenkt. Obwohl die Sozialdemokraten mit den Nationalsozialisten stimmen wollten, wandte sich doch der sozialdemokratische Sprecher gegen die Argumente der NS. Er griff die Regierung Papen außerordentlich scharf an, indem er darauf hinwies, daß das ganze Protokoll überhaupt nicht zustande gekommen wäre, wenn die deutsche Regierung in Lausanne, statt sich der Stimme zu enthalten, ein „Nein" ausgesprochen hätte.

„Solange eine preußische reaktionäre Junkerherrschaft und Schwerindustrie draußen regieren wird, solange gibt es überhaupt keine Anschlußfrage."

Mit dieser Aeußerung, die klar die Rückwirkung der reaktionären deutschen Regierung auf die Außenpolitik Deutschlands zeigt, und die lebhafte Zurufe auf seiten der Linken erfuhr, traten die Sozialdemokraten keineswegs in Widerspruch zu ihrer Ablehnung des Protokolls, die sie wegen des *grundsätzlichen* Verbots des Anschlusses aussprechen.

Die Folge des Abstimmungsergebnisses im Bundesrat ist die Rückverweisung des Protokolls an den Nationalrat, der sofort noch einmal darüber zu beraten hat. In der neuen Abstimmung handelt es sich wieder um das Zufallsspiel, daß die Entscheidung nur von wenigen, vielleicht nur von einer einzigen Stimme abhängen wird.

Die Mehrheitsverhältnisse haben in den vergangenen Tagen mehrfach eine Erschütterung erfahren, die im wesentlichen durch „Korrekturen" gelenkt worden sind. Der Abgeordnete Vinzl war der ersten Abstimmung fern geblieben; dieses Fernbleiben war bereits das Ergebnis politischer Manipulationen.

Der Regierung liegt nun daran, daß Vinzl nicht, wie großdeutsche Kreise wollen, auf sein Mandat verzichtet, sondern daß er auch bei der zweiten Abstimmung einfach fernbleibt, damit nicht sein Nachfolger gegen das Protokoll stimmt. Schiebungen auf beiden Seiten haben es erreicht, daß Vinzl zunächst auf sein Mandat verzichtete und dann diesen Verzicht telegraphisch zurückgenommen hat. Dieses Telegramm ist, um dieses Intrigenspiel noch zu erhöhen, einem Regierungsvertreter durch die Gegenspieler entwendet worden. Diese Angelegenheit wird sicher noch Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen werden. Im Bundesrat, wo die Sache bereits zur Sprache kam, hat der Bundeskanzler irgend welche Machenschaften von seiner Seite entschieden bestritten. Solche Dementis reichen nicht aus, das Vertrauen gegenüber einer Regierung zu festigen.

Immerhin haben diese Vorgänge einstweilen zu Gunsten der Dollfuss-Regierung gewirkt. Sie kann mit einer Mehrheit im Nationalrat rechnen, um so mehr, als der Mandatsnachfolger Schobers auch ein Befürworter des Lausanner Protokolls ist, im Gegensatz zu seinem Vorgänger.

Der Tod Schobers.

Wie der Tod Schobers ihm eine Entscheidung, für die er sich einsetzen wollte, aus der Hand genommen hat, so ist **die ganze politische Tätigkeit dieses Mannes**, der zweimal als Bundeskanzler für die Regierung Oesterreichs verantwortlich war und der als Polizeipräsident die inneren Verhältnisse Oesterreichs beeinflußt hat, **dadurch charakterisiert, daß er nicht eigentlich handelte, sondern daß die Durchführung seiner Pläne mehr oder minder von Zufällen abhängig blieb.**

Am Totenbett dieses Mannes werden Arbeiter in erster Linie erinnern an den 15. Juli 1927, an dem Schober als Polizeipräsident von Wien in verbrecherischer Unentschlossenheit es zuließ, daß ein Polizeiaufgebot in Arbeitermassen hineinknallte, die das unerhörte Fehlurteil der österreichischen Justiz, die Freisprechung von Heimwehrmördern, rächen wollten. Seit dieser Zeit datiert die Todfeindschaft des österreichischen und des internationalen Proletariats gegen ihn, die auch von der österreichischen Sozialdemokratischen Partei geteilt wurde.

Aber auch bei den Christlich-Sozialen hatte er, obwohl er sich durch diese Wiener Vorgänge zunächst die Anerkennung Seipels erworben hatte, auf die Dauer keinen Rückhalt, ebenso wie er es mit den Heimwehren dadurch verdarb, daß er den Putsch des Major Pabst niederschlug.

Im Gegensatz zu dem überlegenen Gegenspieler Seipel, hinter dem die feste Anschauung des Katholizismus stand, hat der von Haus aus parteilose Schober eben niemals eine ausgesprochen politische Weltansicht vertreten. Er ist der Typus eines Beamten, dem nachgerühmt wird, daß er die Polizei in Wien reformiert hat. Aber gerade hier rächt es sich, einen Beamtenapparat aufzuziehen, ohne daß der dafür Verantwortliche sich darüber klar ist, wofür er diesen Ordnungsapparat eigentlich einsetzen will. **„Ruhe und Ordnung" ist an sich ein leeres Ziel.** Diese Leerheit, die in Schobers politischem Denken selber vorhanden war, zeigte sich am verhängnisvollsten, als er am 15. Juli unentschlossen zauderte, während seine Untergebenen bereits daran waren, unter der Parole von Ruhe und Ordnung gegen das sich empörende Rechtsgefühl des Proletariats vorzugehen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

60)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Na, morgen kommt ihr doch auch noch zurecht. Morgen wird's auch noch genug zu tun geben!" meint die neben Banczyk — eine junge Frau mit derben Backenknochen und braunen Haaren.

„Ihr könnt euch doch mit den andern verabreden. Deinen Kameraden kannst du mitbringen, nicht Hanne? Wir beide wohnen nämlich zusammen."

Die mit Hanne Angeredete ist aufgestanden und hat ihren Mantel angezogen. Aber sie hat ihn noch nicht zugeknöpft. Lange Beine hat sie, die sich unter dem Kleid abzeichnen. Sie sieht Raumschuh nur an.

„Die ist aus Vierlanden, die sind nun mal so. Die läßt sich's bloß nicht gleich merken!" erklärte die Braune.

Und jetzt muß Hanne lachen.

Ein kräftiges Gebiß hat sie und graue Augen. Und die langen Schenkel heben sich unter dem Kleid so ab, weil sie gar keinen Bauch hat. Sie knöpft jetzt schnell den Mantel zu. Doch dabei lacht sie wieder Raumschuh in die Augen hinein. Sie erinnert ihn an Lucie in Berlin. Aber alle Frauen, die lange Beine haben und blond sind und ihm gefallen, erinnern ihn an Lucie Lange, die er ja immer nur in großen Abständen auf Urlaub, und dann auch nur wenige Stunden, gesehen hat.

„Naja, Karl, wir können's uns doch überlegen!" meint Bonczyk.

„Nein, wir müssen erst sehen, was in Hamburg los ist!"

Und in Hamburg ist allerhand los. Das bemerken sie sofort bei der Einfahrt. Es ist wie in Kiel, auch hier überall Matrosen.

Matrosen mit roten Armbinden, Hände am Gewehrriemen:

„Na, Lands, mach dir mal die Kokarde runter! Du hast wohl auch noch nicht gemerkt, was gespielt wird?"

Der Matrose hat dem Infanteristen die Mütze vom Kopf genommen und pflückt ihm die Kokarde ab:

„Hier hast du 'ne rote Blume, steck dir die an!"

„Weitergehen! Der Bahnhof wird sofort geräumt!"

Die mit dem Zug Angekommenen — Frauen, Matrosen, Inanteristen, Kartoffelstoppler — ziehen in breitem Band der Treppe zu. Am Ende des Bahnsteigs wird ein Maschinengewehr in Stellung gebracht. Ein Matrosenposten hält zwei Offiziere an, läßt sich die Degen aushändigen, kappt mit dem Seitengewehr die Achselstücke und wirft sie auf den Bahnsteig.

„Wo kommt ihr her?"

„Wir — von Kiel!"

Sie treffen einen Bekannten, den Klosettreiniger vom „Kurfürst".

Er begrüßt seine Kameraden.

„Brummschädel! Karl! Fiete!"

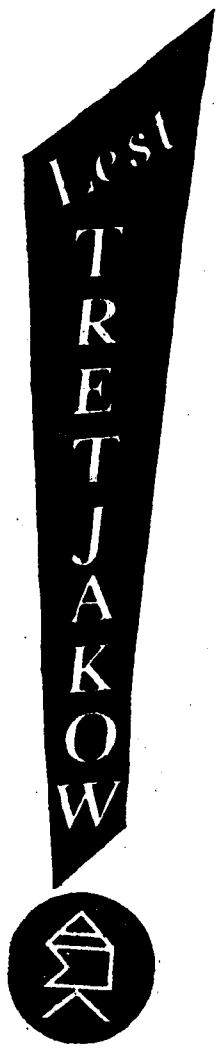
„Wie bist du so schnell hergekommen?"

„Ich bin schon seit vorgestern in Hamburg, hier ist alles allright. Heute war eine Schießerei, aber jetzt ist der Kommandierende General geflüchtet. Ein Soldatenrat ist schon gewählt! Gewehre habt ihr ja, wir haben heute schon welche aus den Waffenläden requiriert. Meldet euch man auf der Bahnhofswache und laßt euch sagen, wo's zu futtern gibt!"

Sie steigen die Treppe zur Halle hoch.

Von den Frauen haben sie sich verabschiedet. Einzelne haben Verabredungen getroffen. Die kleine Braune hat Bonczyk einen Zettel mit ihrer Adresse gegeben. „Es macht nichts, wenn es auch spät wird. Am besten fahrt ihr mit der Hochbahn. Aber bring den Langen, deinen Freund, auch mit!" hat sie ihm noch nachgerufen . . .

Die neun schließen sich einem Trupp an, der eine Deputation des Arbeiter- und Soldatenrats zum Rathaus begleitet. Die Hamburger Straßen sind ungewöhnlich belebt. Ueberall begegnen sie Bewaffneten mit roten Bändchen. Die Zugangsstraßen zum Rathausmarkt sind durch Postenketten abgeriegelt.



Die Deputation des A- und S-Rates betritt den großen Rathaussaal, in dem die Vollversammlung der Hamburger Bürgerschaft tagt. Der Präsident ist gerade dabei, einen Senatsantrag zur Errichtung eines Arbeitsamtes zu begründen. Er unterbricht seine Ausführungen. Auf die Tür hinweisend, sagt er:

„Es scheinen gerade die Vertreter des A- und S-Rates erschienen zu sein . . ."

Drei Mann kommen jetzt langsam durch den Saal, ein Hamburger Arbeiter, ein Kieler Matrose und der Parteiführer der Unabhängigen, Hugo Haase, der auf der Rückfahrt nach Berlin in Hamburg ausgestiegen ist. Durch die Reihen der Bürgerschaftsmitglieder geht eine Bewegung. Das Licht der Kronleuchter spiegelt sich auf den blanken Glatzköpfen und in den Brillengläsern. Der Bürgermeister v. Melle verläßt den Vorstandstisch und begrüßt die Vertreter des A- und S-Rates. Nach einer kurzen Verständigung mit dem Präsidium zieht er sich, begleitet von Senator Dr. Petersen, mit den Vertretern des A- und S-Rates in einen anderen Raum zurück.

Senatssyndikus Dr. Buehl führt die Versammlung weiter. Man geht zum nächsten Punkt über: Anstellung eines Friedhofsdirektors. Als die Beratung bis zu dem Entschluß gediehen ist, den Hamburger Gartendirektor zwecks Wahrnehmung der Geschäfte eines Friedhofsdirektors von der Front zu reklamieren, kehren Bürgermeister v. Melle und Senator Dr. Petersen in den Sitzungssaal zurück.

Der Bürgermeister nimmt den zuvor unterbrochenen Punkt wieder auf. Doch ehe er die Debatte eröffnet, macht er einige Bemerkungen zur politischen Lage

(Fortsetzung folgt.)

Die SPD in der Ohn-Macht.

Zu den Anträgen der SPD im Reichstag.

Rpt. Die SPD kündigt unter der Schlagzeile „Sozialistischer Aufbau“ im „Vorwärts“ ihre Anträge im neuen Reichstag an. Das geschieht in einer Form, die im umgekehrten Verhältnis zur derzeitigen Macht dieser Partei steht.

Daß sie einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Papen einbringt, daß sie die Aufhebung der wichtigsten Notverordnungen dieser Regierung beantragt, — schön und gut! Das gehört zum parlamentarischen Handwerkszeug. Wir werden ja sehen, unter welchen parlamentarischen Höflichkeitsformen die Reichsregierung dieses Handwerkszeug in die Ecke stellt, es sei denn, daß die Reichsregierung durch außerparlamentarischen Druck selber in die Ecke gestellt wird.

Nun aber die ökonomischen Anträge:

Oeffentliche, planmäßige Arbeitsbeschaffung

durch Bereitstellung von Arbeiten im Werte von einer Milliarde Mark. Woher soll die Summe kommen? Der „Vorwärts“ beginnt die Zusammenzählung mit dem Satz: „300 Millionen will die Papen - Regierung beschaffen“, und fährt fort: „Für 500 Millionen Mark verlangt die Sozialdemokratie die Auflegung einer Prämien- bzw. Zwangsanleihe; weitere 200 Millionen Mark können aus den ersparten Unterstützungen genommen werden.“ — Wer glaubt, daß 500 Millionen Mark Anleihe gezeichnet werden? Eine *halbe Milliarde?* Wenn die *nicht* gezeichnete Anleihe von der Reichsbank in irgend einer Form beliehen wird, so rückt die Inflationsgefahr immer näher! — 200 Millionen Mark aus ersparten Unterstützungen? So einfach ist auch das nicht. Wer sagt denn, daß diese Unterstützungssummen verfügbar wären, *wenn* sie ausgezahlt werden müßten? Wer glaubt, bei weiterer Schrumpfung der Wirtschaft könne man immer weiter daran rechnen, aus dem Produkt der Arbeitenden soviel wegzuzapfen, daß die Nicht-Arbeitenden wie bisher erhalten werden können?

Weiter: Die SPD will den

Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit „mit neuer Wucht vortragen“.

„Der Widerstand der Unternehmer muß gebrochen werden.“ — Warum geschah das eigentlich nicht, als Hermann Müller Reichskanzler, als Braun und Severing in Preußen Minister und als Wissell Schlichter war? Warum fehlte es damals an *alter* Wucht? Und woher soll die *neue* kommen?

Die Liste der SPD-Anträge ist gleichzeitig eine Liste der Fehler und verbrecherischen Versäumnisse dieser Partei. *Heute* fordert diese Partei: „Endlich müssen die nur auf formales Recht und keinerlei Verdienste gegründeten

Fürstenabfindungen wieder gestrichen“

werden. Warum hat sie 1918 die Fürsten nicht enteignet? Warum sucht sie sich dazu eine Zeit aus, in der — eben wegen ihrer Fehler und Versäumnisse — Hohenzollernprinzen in einer Partei Mitglieder sind, die im Reichstag über 230 Sitze verfügt?

Der „Umbau der Wirtschaft“.

Was die Partei alles zum „Umbau der Wirtschaft“ beantragen will, zeigt der im „Vorwärts“ veröffentlichte Entwurf eines Rahmengesetzes:

Entwurf eines Gesetzes über den Umbau der Wirtschaft.

Um die Befreiung aus der Not der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Uebergang von der planlosen Gewinnwirtschaft zur planmäßigen Gemeinwirtschaft anzubahnen, werden folgende Umbaumaßnahmen durchgeführt:

Der Umbau der Wirtschaft erstreckt sich auf

1. die Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft,
2. die Schaffung einer Planstelle (§ 3),
3. die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen auf Grund des Gesetzes vom . . . . .
4. die Verstaatlichung der Großbanken und die Schaffung eines Bankamtes auf Grund des Gesetzes vom . . . . .
5. die Schaffung eines Kartell- und Monopolamts auf Grund des Gesetzes vom . . . .
6. die Schaffung und den Umbau von Staatsmonopolen gemäß dem Gesetz von . . . . . .
7. die Enteignung des Großgrundbesitzes auf Grund des Gesetzes vom . . . . . .

Die Planstelle hat die Aufgabe:

1. in Gemeinschaft mit dem Bankenamt und dem Kartell- und Monopolamt auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Glieder der Volkswirtschaft hinzuwirken.
2. die einheitliche Führung der öffentlichen Wirtschaft zu sichern,
3. die Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige vorzubereiten.
4. alle sonstigen Maßnahmen zu fördern, die dem Umbau der Wirtschaft dienen.

Bei dem Umbau der Wirtschaft, bei der Zusammensetzung aller öffentlichen Einrichtungen und bei der Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige sind die Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

*

Von dem, was hier beantragt wird, halten wir vieles für völlig falsch. Manches wäre für Kapitalisten als gesetzliche Grundlage einer Sozialisierung der Verluste annehmbar.

Aber abgesehen davon: In die Hände weniger Aemter soll eine ungeheure Machtfülle gelegt werden. Daran sind nach dem SPD-Entwurf „die Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen“! Wir fänden es angemessen, wenn eine Partei, die Jahrzehnte lang die Macht im Interesse der Arbeiterschaft für sich gefordert hat, der ein Zufall — nicht eigenes Verdienst! — nach dem Weltkrieg die Macht in die Hand gespielt hat, die damit nichts, aber auch rein gar nichts anzufangen gewußt hat, von keinem Arbeitnehmer mehr an der Vertretung seiner Interessen beteiligt wird. Welche „angemessene Vertretung ihrer Interessen“ ist der Arbeiterschaft von der SPD bisher beschert worden? Wie steht es mit den in der Verfassung „verankerten“ Betriebsräten? Wie mit den Arbeitervertretern in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften, im Reichskohlenrat, im Reichskalirat und anderen aus der glorreichen Revolution jener Partei stammenden Einrichtungen? Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, was von jener „abgemessenen Vertretung“ zu halten ist.

Die Interessen der Arbeiterschaft in der Wirtschaft werden nicht dadurch gewahrt, daß da und dort, selbst nicht dadurch, daß an allen entscheidenden Stellen ehemalige Arbeiter sitzen. Die Interessen der Arbeiterschaft können nur gewahrt werden durch einen solchen „Umbau der Wirtschaft“, daß die wirtschaftliche Ausbeutung nach Möglichkeit schon durch die Konstruktion der Wirtschaft (nach dem Grundsatz der *wirklich* freien Konkurrenz!) ausgeschlossen wird, und daß eine wachsame sozialistische Regierung die an manchen Stellen dieser Wirtschaft dann doch noch mögliche Ausbeutung, wo sie sich zeigt, bekämpft.

Die SPD erhofft dagegen nach wie vor alles vom Kollektivismus.

Um nur ja die letzten Reste der Konkurrenz im Bankwesen auszuschalten, fordert die SPD daher die Verstaatlichung der Dresdner Bank, der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft und der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt; sie fordert den Zusammenschluß dieser Banken zu einer „Deutschen Staatsbank“. — Soll Hilferding Generaldirektor werden?

Der Abbau des Feudalismus.

Aus dem Füllhorn der Anträge fließt auch ein Antrag, dem wir inhaltlich voll zustimmen. Die „führende“ Partei der deutschen Arbeiterschaft fordert nämlich 14 Jahre nach ihrer angeblichen Revolution die Enteignung der Großgrundbesitzer mit der Begründung: Damit „der Krisenherd im agrarischen Osten ausgebrannt und die materielle Basis der reaktionären Junkerherrschaft in Deutschland beseitigt werden.“

Der Gesetzentwurf lautet:

Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung des Großgrundbesitzes.

(1) Um eine Gesundung der deutschen Landwirtschaft anzubahnen, wird der private Großgrundbesitz enteignet.

(2) Großgrundbesitz im Sinne dieses Gesetzes ist jeder land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz über 200 Hektar. Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß auch Großgrundbesitz unter 200 Hektar unter dieses Gesetz fällt.

(1) Als Entschädigung wird den enteigneten Großgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem enteigneten Grundbesitz bemißt.

(2) Verfügt der enteignete Großgrundbesitzer über hinreichende landwirtschaftliche Kenntnisse, so kann ihm an Stelle der Rente eine Siedlungsstelle überlassen werden.

Der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz ist entweder als Großbetrieb zu erhalten oder an Landarbeiter und Kleinbauern aufzuteilen. Die Wahl der Betriebsform ist so zu treffen, daß die wirtschaftliche Ausnutzung des Grundbesitzes gewährleistet wird.

Wo die Betriebsform des Großbetriebes beibehalten wird, ist der Betrieb in öffentlicher Bewirtschaftung zu übernehmen oder in geeigneten Fällen den Landarbeitern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung in Landarbeiter-Produktionsgenossenschaften zu überlassen.

Im Falle der Aufteilung des Grundbesitzes ist der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz je nach den örtlichen Vorhältnissen an landbedürftige Kleinbauern zu verteilen oder zur Errichtung von lebensfähigen Bauernsiedlungen zu verwenden.

Als Siedlungsbewerber sind vornehmlich Landarbeiter zu berücksichtigen.

Der enteignete forstwirtschaftliche Großgrundbesitz ist der öffentlichen Hand zur Bewirtschaftung zu übertragen.

?

Gut! Sehr gut! Beim Wort „Entschädigung“ stutzten vielleicht manche Leser. Ihnen sei verraten, daß sich die Entschädigung in den meisten Fällen in blauen Dunst auflösen wird; denn es gehörte sozusagen zum guten Ton der Junker, keine Einkommensteuer zu bezahlen.

Gut! Aber: **Warum kommt der Antrag heute, in der Zeit der Ohnmacht der SPD? Warum ließ sich diese „Arbeiter“-Partei unmittelbar nach der Revolution in Agrarfragen durch die Herrn von Klitzing, Rösicke und den späteren Putschisten Kapp beraten?**

Was sollen die Anträge?

Man hörte einmal, sie sollten dazu dienen, die Nationalsozialisten als Arbeiterverräter zu entlarven. Die Entlarvung dieser Partei durch Anträge zu versuchen, die ihrem Programm oder ihrer Agitation genau entsprechen, das wäre wohl ein zweckmäßiges parlamentarisches Kampfmittel. Die bekannt gewordenen Anträge sind aber kein solches Mittel. Der Antrag auf Aufhebung der Papenschen Notverordnungen enthält nämlich zum Beispiel auch den Antrag, die Notverordnung über die Absetzung von Braun und Severing aufzuheben. Dafür sollten NS stimmen? Oder für die Enteignung allen Großgrundbesitzes?

Wozu eignen sie sich sonst? Sie haben natürlich den Zweck, zwar nicht den *zweiten* Mann zu gewinnen — diesen Plan hat die SPD wohl als aussichtslos aufgegeben — wohl aber den *letzten* Mann zu halten.

„Der Paktierer mit dem Feinde.“

Wir drucken hier aus Henri Guilbeauxs Buch „Lenin“ einige Stellen ab, in denen er von seinen persönlichen „Erlebnissen und Erinnerungen“ berichtet. Wir haben in der gestrigen Nummer berichtet, daß der Genosse Guilbeaux, der von den französischen Gerichten wegen „Paktierens mit dem Feinde“ in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, sich jetzt den französischen Gerichten gestellt hat. D. Red.

In der Emigration.

In Kienthal bei der zweiten Zimmerwalder Konferenz geschah es in einer zwischen den Bergen des Oberlandes gelegenen Herberge, daß ich zum ersten Male diesen untersetzten kleinen Mann sah, dessen Auge ganz voll Feinheit und Bosheit ist, dessen Nase ironisch und kampflustig wirkt. Während der ganzen Konferenz blieb er sitzen, las, arbeitete, verfaßte Thesen und Entschließungen, und hob den Kopf nur, um mitunter den Redner zu beobachten. Er sprach wenig und hörte alles mit äußerster Aufmerksamkeit an. Sein Gesicht drückte voller Genugtuung seine uneingeschränkte Billigung bei den Reden Radeks, Sinowjews, Bronskis, Frölichs und Münzenbergs aus. Im Gegensatz dazu betonten seine sichtlich spöttischen und verachtungsvollen Züge seine heftige Opposition gegen die Gedanken und Prinzipien, die sein Landsmann Martow, der Italiener Modigliani und der Franzose Pierre Brizon zum Ausdruck brachten.

Um die Wahrheit zu sagen, die ersten Worte Wladimir Iljitschs waren mir streng erschienen, aber als ich nachdachte, merkte ich, wie sehr er recht hatte. Und was er mir über die Lage in Frankreich sagte, die äußerste heftige und berechtigte Kritik, die er an der französischen „Minderheit“ übte, das alles hielt ich für völlig vernünftig. Sein Radikalismus verführte mich.

*

. . . Am nächsten Tage besuchte ich ihn, in Begleitung Radeks, der mir ein Stelldichein im Café de la Terrasse gegeben hatte, das dem Bierhause Landolt in Genf entsprach, in dem also die russischen Emigranten verkehrten. „Leninismus“ hatte bewahren wollen, sprachen wir von

Radek saß am gleichen Tische wie Martow. Mit gesenktem Kopf und bebrillt schnitten sie die Zeitungen aller Länder aus. Zu Dreien verließen wir das Café; und an einer Straßenbiegung verabschiedeten wir beide uns von Martow. Als dieser sich entfernte, sagte mir Radek: „Martow ist ein ausgezeichneter Publizist, er war Lenins bester Mitarbeiter in den Zeiten der Iskra; wie schade, daß er sich politisch von Lenin getrennt hat!“

Wir machten uns auf den Weg nach der Spiegelgasse, einer engen, ansteigenden Straße, die in einem im wesentlichen von Arbeitern bewohnten Viertel lag. Wir betraten ein sehr enges, schlecht erleuchtetes Zimmer mit niedriger Decke, das aber sehr sauber gehalten war. Zwei Betten aus grobem Holz standen darin und zwei kleine Tische, die mit Büchern, Zeitungen, Zeitschriften und Papieren überladen waren. Während seine Gefährtin Krupskaja den Tee bereitete, unterhielten wir uns, und ich erinnere mich an die Genugtuung, die sein Blick ausdrückte, als er mir in der neuen Nummer des „Ce qu'il faut dire“ (Was man sagen muß) Tagesordnungen zeigte, die von Arbeiterorganisationen angenommen und zwar von der Zensur verstümmelt waren, aber den revolutionären Willen des französischen Proletariats offenbarten.

*

Und jedesmal wenn ich ihn sah, in Zürich, in Bern, in Genf, informierte er mich über die Lage in Rußland und den Stand der Parteien. Je weiter sich der Krieg entwickelte, desto mehr nahm sein Vertrauen zu. Er war ausgezeichnet unterrichtet über die Arbeiterbewegung, über die Unzufriedenheit und das Elend der Arbeitermassen, die Müdigkeit und Disziplinlosigkeit der Truppen, den äußerst schlechten Zustand der Front, und die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Schwierigkeiten der zaristischen Regierung.

Nach der Ergreifung der Macht.

Ich traf sehr viele Freunde wieder und erkundigte mich nach denen, die abwesend waren. Ich sah Trotzki wieder, der kaum verändert war und aufrechter schien als je, trotz der riesigen Arbeit, die er übernommen hatte, und ich sah Tschitscherin, von dem ich bisher nur die große und geschickte Tätigkeit kannte und die diplomatischen Noten, die voll Gediegenheit, Weisheit und Ironie waren.

Als ich mich abends im Metropol, dem Sowjethause, mit einer begeisterten und hingebungsvollen Kampfgefährtin unterhielt, die mich in der Schweiz immer wieder vor dem Wladimir Iljitsch. Aus ihren Augen wie aus ihren Worten las ich eine unbedingte Bewunderung für ihn. Man telephonierte. Es war gerade Wladimir Iljitsch. Er fragte mich nach Neuigkeiten, erkundigte sich nach meiner Gesundheit und nach meiner Reise.

„Sind Sie nicht müde?“

„Nicht allzu sehr“, antwortete ich.

„Fühlen Sie sich munter genug, mich heute abend noch zu besuchen?“

„Für Sie bin ich immer frisch und munter. Ich möchte es im Gegenteil sein, der auf einen Besuch bei Ihnen besteht!“

„Gut also — ich erwarte Sie um neun Uhr. Ich werde Sie im Auto holen lassen.“

Ich wartete.

Um neun Uhr klopft es an der Zimmertür. Zweifellos kam man mich abholen. Ich öffne die Tür. Lenin ist es selbst! Wir umarmen uns. Er setzt sich, und ohne an sich selbst zu denken, stellt er immer wieder eine Menge Fragen, und zwar über alles. Ich beobachte ihn. Er ist ganz genau derselbe wie früher. Die gleiche Lebhaftigkeit ist in seinem Auge, noch immer liegt diese beständige Ironie auf der Wacht und leuchtet mitunter ganz groß auf.

Am nächsten Morgen fand im Kreml die letzte Sitzung des Kongresses statt. Die Sitzung hatte angefangen und Wladimir Iljitsch hatte am Vorstandstische Platz genommen. Als er mich sah, ließ er mir übermitteln, daß ich das Wort erhalten würde. So geschah es auch. Man verzeihe, daß ich hier so genaue Angaben dieser Art mache, aber ich habe die Absicht, hier die ganze Einfachheit und die ganze Freundschaft dieses großen Genossen zu zeigen, und zu zeigen, wie herzlich die Gefühle sind, die er denen bezeugt, die seinen Standpunkt begriffen, mit ihm eingenommen und zu einer Zeit verteidigt haben, wo das konzentrische Feuer der Mehrzahl der Sozialisten auf ihn gerichtet war. Es liegt eben so, daß dieser so ausgesprochen materialistische Mensch, der oft einen zynischen Positivismus zeigt und einen unüberwindlichen Schrecken vor der Sentimentalität hat, sich der Freundschaften aus der Zeit der Verbannung erinnert.

*

Lenin ist wesentlich ein gesunder Mensch, ein Mensch, dem die ständige Gesundheit Optimismus, Charakterstärke, Widerstandskraft und Zähigkeit verleiht. Er ist ein wunderbares Werk aus Stahl. Er ist ein mächtiger, fehlerlos gebauter Motor.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Von Fritz Grob.

I.

Am Montag, dem 22., tritt in Dortmund in der Westfalenhalle der Verbandstag der Metallarbeiter zusammen. Der „Deutsche Metallarbeiter-Verband" ist nicht nur die stärkste Gewerkschaft Deutschlands, sondern der ganzen Erde.

Mit seinen rund 826 000 Mitgliedern umfaßt er etwa ein Fünftel der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und in ihm ist organisiert der Stamm der tüchtigsten Facharbeiterschaft der deutschen Metallindustrie. Eine große Macht kann in der Hand des Vorstandes dieser einen Gewerkschaft liegen. Er kann die Macht, die er heute noch hat, zerbröckeln lassen, und er kann sie festigen, vermehren. Das hängt ab von seiner Zielklarheit, Aufrichtigkeit und Entschlossenheit gegenüber dem ihm von der Satzung der Gewerkschaft vorgeschriebenen Zweck der Organisation, nämlich der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder.

Der DMV hat von seinen rund 940 000 Mitgliedern Ende 1930 im vergangenen Jahre 113 714 Mitglieder, also etwa 12 Prozent, verloren. Es gibt Menschen, die sich bei der Beurteilung dieses Rückganges sagen: angesichts der furchtbaren Krise, der 29 Prozent Kurzarbeiter und der 33 Prozent arbeitslosen Mitglieder im DMV, wäre es nicht zu verwundern, wenn der Mitgliederverlust 25 oder 50 Prozent betragen würde. Also — so urteilen sie — habe sich die Organisation gut gehalten.

Wir kennen diese Betrachtungsweise, die der Politik der SPD zugrunde liegt, und wir müssen leider sagen: auch der Politik der freien Gewerkschaften. Sie beruht auf der Tatsache, daß sich zu jeder schrecklichen Situation eine noch schrecklichere denken läßt. Daß die Politik der SPD an dieser Betrachtungsweise orientiert ist, läßt sich leicht zeigen. Woran alles wollte sie *nicht* rütteln lassen?! An der Arbeitslosen-Versicherung! Und nun gar an der Demokratie! Wir wollen diesen Gedanken nicht weiter spinnen.

Für die Gewerkschaften jedenfalls ist eine andere Betrachtungsweise und Orientierung nötig: Zu jeder schrecklichen Lage läßt sich auch eine *bessere* denken, um die man *kämpft*. Wir glauben, in *diesem* Sinne ist der Zweck der Gewerkschaften, Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, zu verstehen.

Und so sind wir denn auch der Auffassung, daß der Mitgliederverlust von 12 Prozent reichlich groß ist und nicht nur das Ergebnis der Krisenwirkung, sondern auch der unzureichenden Gewerkschaftspolitik.

Unzureichend in vieler Hinsicht, und zwar in den *entscheidenden* Orientierungen. Die Massen-Kaufkraft-Theorie steht bei den Gewerkschaften obenan, aber offenbar nicht, um sich daran entscheidend zu orientieren. Sie haben den Kampf gegen den Lohnabbau in entscheidendem Maße nicht aufgenommen. Und gerade der Metallarbeiter-Verband ist in dem grundlegenden Kampf der 130 000 Berliner Metallarbeiter im Oktober 1930 zurückgehupft, als die Generalentscheidung für die deutschen Arbeiter gefällt wurde: den Real-Lohnabbau in Deutschland einzuführen oder zuerst den Preisabbau.

Daß diese Politik falsch war, sowohl wirtschaftlich gesehen wie politisch, das ist heute bewiesen schon durch den völligen Mißerfolg. Die Demokratie ist arg ramponiert. Der Faschismus unerhört seitdem gewachsen. Wir stehen vor einer vierten und fünften Lohnabbauwelle, Arbeitsdienst, und völliger Aushöhlung des Tarifrechts.

Wird der Verbandstag diesen totalen Mißerfolg zugeben? Wird er daraus die Folgerungen ziehen und die richtige Orientierung, nämlich die des Kampfes beschließen? Wir werden sehen, ob dieses Parlament der Arbeiter sich ernsthaft benimmt.

Es ist gut, einen Blick in den Jahresbericht für 1930 des DMV-Berlin zu werfen. Dort heißt es über den Streik der 130 000 in Berlin: „Die Unternehmer haben alle Mittel springen lassen, um die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches (8 Prozent Tariflohnsenkung) durchzuführen. . . . so der Gang zu Hindenburg, um auch auf diese Art und Weise einen Lohnabbau auf der ganzen Linie durchzuführen. . . . Es ist uns bekannt, daß sie selbst zu dem besonderen Mittel greifen wollten, den Belagerungszustand verhängen zu lassen, damit der Schiedsspruch verbindlich erklärt werden sollte und um jeden weiteren Streik gegen den Schiedsspruch unmöglich zu machen. . . . *Wir* (die Kollegen der Berliner Ortsverwaltung) *haben alles getan, um der Absicht der Unternehmer, die Löhne abzubauen, entgegenzuwirken. Wenn hier ein Verschulden der Berliner Verwaltung oder des Vorstandes liegen sollte, so müßten die Kollegen auf dem nächsten Verbandstag zur Rechenschaft gezogen werden.*"

Wir erinnern daran.

II.

Der Verbandstag hat eine Fülle von Fragen zu entscheiden, die in der Flut von Anträgen, die ihm vorliegen, zum Ausdruck kommen.

Neben den speziellen Fragen der Anpassung der Unterstützungen an die Finanzlage des Verbandes liegen gute Anträge vor zu den wichtigsten Fragen von allgemeiner Bedeutung für die Arbeiterbewegung. So z. B. folgender Antrag gegen den Mißbrauch der Gewerkschaftsorganisation und ihrer Gelder zur Propaganda für die SPD.

„Die enge Verbindung des Verbandes mit der SPD ist aufzugeben, jede materielle und propagandistische Unterstützung derselben ist abzulehnen, sowie der Austritt aus der ‚Eisernen Front' zu vollziehen. Wir verlangen Rücksichtnahme darauf, daß der Verband nicht eine Filiale der SPD ist, sondern die überparteiliche Klassenorganisation der deutschen Metallarbeiterschaft sein soll, in der auch Hunderttausende von Nicht-SPD-Mitgliedern organisiert sind."

Nachdem die „Eiserne Front" ihr Versprechen vom 25. Januar 1932 schmählich gebrochen hat: „Die ‚Eiserne Front' ist keine Parteisache" (sie hat nichts anderes getan als Wahlpropaganda für die SPD gemacht), ist es ein Akt der Selbstverständlichkeit, diesen Antrag anzunehmen, da es einfach unanständig ist, mit den Mitteln von Gegnern der SPD-Politik deren Politik einseitig zu unterstützen.

In der Gehaltsfrage der Gewerkschaftsangestellten, die vor allem von moralischer Bedeutung ist, sollte *höchstens* der Antrag Greck, München, angenommen werden, der besagt: „Als Grundlohn eines jeden Angestellten gilt der örtliche Durchschnittsverdienst der Verwaltungsstelle, in der der Angestellte tätig ist, und des Berufszweiges, aus dem der Funktionär hervorgegangen ist." Die Zuschläge sind gestaffelt von 5 bis 50 Prozent. Nur die beiden Vorsitzenden und der Verbandskassierer sollen 50 Prozent Zuschlag bekommen. Die Gehälter sind Bruttogehälter, und es wird nur der berufsübliche tarifliche Urlaub gewährt. Bei anderweitigem Einkommen wird das Gehalt um diesen Betrag gekürzt oder fällt ganz weg.

Ganz besondere Beachtung verdient auch der Antrag Hausen, Stuttgart, der die Frage der Organisierung der Einheitsfront betrifft:

„Um die Kraft der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen, wird der Vorstand beauftragt, sich im ADGB für die Einberufung einer Konferenz aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zum Zwecke der Organisierung der proletarischen Einheitsfront und der Einleitung umfassender Massenaktionen einzusetzen."

Hoffentlich sind auf diesem Verbandstag Vertreter, die sich diesen Antrag zu eigen machen, damit er nicht als Antrag Nr. X still in der Versenkung verschwindet.

Dies ist um so mehr zu befürchten, als auch die RGO, die auf diesem Verbandstag nur schwach vertreten sein wird, an diesem Antrag kein Interesse hat, weil er nicht zur vorgeschriebenen „Linie" paßt.

Auch mit der „Neuordnung der Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der eisenschaffenden Industrie" wird sich der Verbandstag beschäftigen. Er wird sicher wieder die großen Fortschritte auf dem Gebiet der Verstaatlichung der Wirtschaft feiern als Schritte zum Sozialismus. Wir halten von diesen Schritten als *Fortschritten* nichts. Wir halten viel mehr von einem entschiedenen Kampf um die Brechung der Monopole, insbesondere in der Schwerindustrie und beim Großgrundeigentum, einer energischen Siedlungspolitik, einem Kampf gegen Subventionen und Zollpolitik. Wo ist jemals in den letzten Jahren ein energischer Kampf um diese Dinge geführt worden? Wie schon gesagt, nicht einmal gegen den Lohnabbau ist energisch gekämpft worden, der die Lage der Arbeiterschaft so unmittelbar berührt.

Daß wir auch bei diesem Punkt der Tagesordnung auf den fehlenden Kampfwillen stoßen, zeigt, daß dies eben der Kardinalpunkt ist in der Arbeiterpolitik, um den man herumreden und herumorganisieren kann („Eiserne Front" und Krisenkongreß), aber eben nicht herumkommen, wenn man die Interessen der Arbeiter verteidigen will gegen die niederprasselnden Ausbeutungsmaßnahmen der Reaktion.

Der Kongreß würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er sich entschlösse, die Organisierung der Einheitsfront in die Wege zu leiten, die die Kampfkraft der Arbeiterschaft gewaltig steigern würde. Aber auch dazu gehörte Kampfbereitschaft, die wir bis heute dort nicht gesehen haben. Werden die Delegierten sie jetzt zeigen?!

Farmer und Bergleute streiken in den USA.

In einem großen Teil der USA sind die Farmer in den Verkaufsstreik getreten: sie weigern sich, ihre Produkte auf den Markt zu bringen, ehe die Preise gestiegen sind. Mit Hilfe von Automobilen, ausgerissenen Telegraphenstangen und Kisten werden die Zugangsstraßen zu den Marktplätzen versperrt.

In Taylorville, im Staate Illinois, wurden die Wege aus einem anderen Grunde versperrt: Tausende von streikenden Bergarbeitern haben einen Marsch auf die Stadt geplant, um 2000 Streikbrecher aus den Gruben zu treiben. Diese haben die Arbeit wieder aufgenommen, weil der Präsident der United Mine Workers Association (der amerikanischen Bergarbeiter-Gewerkschaft), John L. Lewis, sich mit einer Senkung des Lohnes von 6,10 Dollar auf 5 Dollar pro Tag einverstanden erklärt hat. Die der Zustimmung voraufgegangene Urabstimmung hätte wohl die Ablehnung der Lohnsenkung zur Folge gehabt,

wenn nicht die meisten hierfür abgegebenen Stimmzettel auf geheimnisvolle Weise „verschwunden" wären. Aus diesem Grunde haben die Arbeiter weiter gestreikt.

Nur 2000 sind der Parole von Lewis gefolgt und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Sie werden von einer besonderen Polizeiwache in Stärke von 1700 Mann bewacht, die mit Gewehren, Pistolen und Tränengasbomben ausgerüstet sind.

Im Grubengebiet Illoinis ist der Belagerungszustand verhängt worden, da man angesichts der Erbitterung der Arbeiterschaft mit größeren Unruhen rechnet. Daß diese Erbitterung nicht unbegründet ist, zeigt allein die Tatsache, daß ein Gewerkschaftssekretär auf offener Straße von offenbar gekauften Verbrechern erschossen wurde. Auf jede Weise wird versucht, die Streikenden einzuschüchtern; so wurde eine von etwa 10 000 Streikenden veranstaltete Demonstration, die die Stillegung der Taylorville-Grube forderte, da das dort getroffene Lohnabkommen den Hauptstreitpunkt bildet, von schwer bewaffneten Polizeitruppen bewacht, außerdem kreisten ständig Bombenflugzeuge über ihnen.

Hafenarbeiterstreik.

Die Hafen- und Werftarbeiter von Neuseeland sind als Protest gegen Lohnkürzungen in den Streik getreten. An allen wichtigen Hafenplätzen ist die Arbeit vollkommen eingestellt worden.

Die Marktzeiten für alle in Groß-Berlin stattfindenden Märkte, mit Ausnahme des Frühmarktes im Bezirk Neukölln, sowie der Heu- und Strohmärkte, sind vom preußischen Bezirksausschuß zu Berlin einheitlich festgesetzt worden: Vormittagsmärkte dürfen im Sommer (April bis September) von 7 bis 13 Uhr stattfinden, im Winter (Oktober bis März) von 8 bis 13 Uhr, Nachmittagsmärkte stets von 14 bis 19 Uhr.

Der erste Nebel auf der Unterelbe trat in der Nacht zum Freitag auf und legte den Schiffsverkehr für etwa zehn Stunden lahm. Ein Herbstvorbote in den Hundstagen!

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....

Name Ort

.....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 4909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36 Elisabethufer 23/29.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v.Guerickestr. 104, H.r.!
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5 % Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt *Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen*
Berlin SO 36, Elisabethufer 23-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 3471

Achtung! Gartenbesitzer!
Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.
Aufklärende Prospekte kostenlos durch
Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke-Str. 104

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 17. August
Der große Gabbo
mit Erich Stroheim und Betty Compson. / Die seltsame Geschichte eines Bauchredners und seiner Puppe Otto.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten 17, 19 und 21 Uhr

Die Philosophie Hegels
spielt eine entscheidende Rolle beim ‚historischen Materialismus'.
Wer sich mit dem historischen Materialismus auseinandersetzen will, der lese folgende Schriften:

Otto Apelt:
Die Behandlung der Geschichte der Philosophie bei Fries und bei Hegel. Sonderdruck 1,— M.

Hellmuth Falkenfeld:
Philosophen für und wider die Revolution. 72 Seiten. 0,60 M.

Leonard Nelson:
Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Auflage. 0,40 M.

Minna Specht:
Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltansicht. 0,60 M.

Verlag ‚Oeffentliches Leben', Berlin S14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Die Verteidigung der Kommunisten-Mörder.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Rechtsanwalt Luetgebrune, ein erfahrener Verteidiger von rechtsradikalen Mordangeklagten, fing an, die völlig unbewiesene Statistik des Herr Bracht zu zitieren, wonach vom 4. bis 20. Juli mehr Ueberfälle von Kommunisten auf Nazis als umgekehrt stattgefunden hätten, er wies ferner darauf hin, daß irgend ein Gleiwitzer Amtsrichter „latentes Notwehrrecht" anerkannt hätte, und daß dies auch auf Potempa und Broslawitz zutreffen müßte.

Das heißt also nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder Nationalsozialist sich eine Horde von Lumpen sammeln kann, diese besoffen machen und in das Zimmer von schlafenden Leuten eindringen und diese niederknallen kann. Das will also ein Mann befürworten, dessen Beruf es ist, in einem Rechtsstaat zur Einhaltung der Gesetze und zur Achtung der Verfassung beizutragen. Abgesehen nämlich von der Person des Ermordeten, der — wie die „Berliner Börsen-Zeitung" spaltenlang salbadert — ein gewalttätiger Mensch gewesen sein soll, abgesehen davon, daß es für jeden Menschen trotz aller Brachtschen Statistik evident ist, daß die Bürgerkriegstruppe in Deutschland „SA" heißt und nicht „Rotfrontkämpferbund", abgesehen davon, daß, wenn schon beides Bürgerkriegstruppen wären, die eine staatlich dadurch begünstigt wird, daß sie erlaubt, während die andere verboten ist.

— abgesehen von all diesem hat nach geltendem deutschen Recht keine einzige Zivilperson das Recht, eine andere in ihrem Schlafzimmer aufzusuchen und zu ermorden.

Unbestrafter Weise einen Menschen umbringen durften bisher nur Scharfrichter, Soldaten und Polizisten; der erste, weil seine Tat als gesetzlich angeordnete Strafe galt, die zweiten und dritten, weil bei ihnen diese Tätigkeit einem ebenfalls gesetzlich sanktionierten Zweck dient; der Landesverteidigung oder dem Schutz der staatlichen Ruhe und Sicherheit. Darüber hinaus ist es möglich, daß unbestrafter Weise ein Mensch einen andern in der Notwehr umbringt. Was Notwehr ist, sagt der zweite Absatz des § 53 des Deutschen Strafgesetzbuches sehr eindeutig:

„Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtig rechtwidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden."

Daß jemand, der im Bett liegt und schläft, einen andern gegenwärtig rechtwidrig angreift, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Daß man einem Mann, wie Herrn Luetgebrune seine Ausführungen über „latentes Notwehrrecht" für die NSDAP, welches, wie gesagt, in seiner Konsequenz Mordfreiheit für jeden Nazilumpen bedeutet, überhaupt auch nur zu Ende machen läßt, zeigt, wohin die deutsche Rechtspflege gekommen ist.

Der Vorsitzende des Gerichts hatte, statt Herrn Luetgebrunes Reden als im strikten Widerspruch zu den geltenden Strafbestimmungen abzuschneiden, Sorge, **die Mutter des Getöteten, auf „einige Widersprüche" in ihren Aussagen aufmerksam zu machen. Daß die alte Frau in ihrer Aufregung sich gelegentlich widerspricht, ist jedenfalls kein Wunder.** Uns scheint es vor allem zu beweisen, daß ihr ihre Aussagen nicht von gewandten Leuten vorher eingetrichtert worden sind.

Dr. Weimann erörterte den Leichenbefund. Die Leiche hätte 29 Verwundungen aufgewiesen, von denen nur zwei verhältnismäßig gering gewesen seien. Das sich aus der Halsschlagader, die zerrissen worden sei, ergießende Blut sei durch den offenen Kehlkopf in die Lunge gelaufen, sodaß der Tod durch Ersticken herbeigeführt worden sei. Alle übrigen Verwundungen seien zwar schwer, aber nicht todbringend gewesen.

Es ist also gut möglich, daß die Angeklagten, in Ermangelung der Feststellung, wer die tödliche Verletzung verschuldet hat, mit ziemlich geringen Strafen davon kommen!

Bündnis zwischen SA und Polizei.

Eine überraschende Wendung nahm ein Schnellverfahren, in dem sich der SA-Mann Wegner aus Wensin verantworten mußte, den ein Landjäger mit einer geladenen Pistole, 36 Schuß Munition und drei Tränengasbomben angetroffen hatte. Im Laufe den Verhandlung machte der Verteidiger Wegners die Mitteilung,

daß die ländlichen Polizeiorgane des Kreises Segeberg, denen das Anrücken großer kommunistischer Trupps aus den Großstädten gemeldet worden war, sich den Schutz und die Hilfe der SS und SA erbeten hatten.

Als der Verteidiger dann nach Ausschluß der Oeffentlichkeit seine Bekundungen durch detaillierte Angaben erhärtet hatte, wurde die Verhandlung zwecks weiterer Zeugenvernehmung vertagt.

Die strafende Hand nach links und rechts.

Vor dem Schöffengericht Neumünster mußten sich 24 Angeklagte, meist SA-Leute, wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und wegen verbotenen Waffentragens verantworten. Sie hatten sich, entsprechend der famosen Begründung, die ihnen zum Teil das Reichsgericht, zum Teil auch Amtsrichter, wie der von Herrn Luetgebrune zitierte aus Gleiwitz, geliefert haben, bewaffnet, „weil nach den kommunistischen Ausschreitungen mit weiteren Ueberfällen politischer Gegner habe gerechnet werden müssen". Immerhin wurden einige der Kerle zu drei bis vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Zwei das Gericht kennzeichnende Urteile:

Der Kommunist Hoffmann, den man bei Bad Segeberg inmitten zahlreicher Kommunisten im Besitze eines großen stehenden Messers angetroffen hatte, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein SA-Mann hatte sich als Mitwirkender bei einer Klebekolonne mit dem geladenen Revolver seines Vaters, eines Polizeibeamten, bewaffnet. Er erhielt drei Wochen Gefängnis.

In Berlin wurden vor einigen Tagen 63 Teilnehmer an einer Mieterversammlung, meist Kommunisten, verhaftet und der Abteilung I A des Polizeipräsidiums zugeführt.

In Schmalkalden und in verschiedenen Orten des Kreises wurden Haussuchungen bei Mitgliedern der Eisernen Front vorgenommen. Ein paar Waffen wurden gefunden, ihre Besitzer verhaftet.

Ein ganz geringes Maß an Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Zu den Enthüllungen des „Stahlhelm"-Führers von Stephani über nationalsozialistische Putschvorbereitungen wird von zuständiger Stelle erklärt:

Den Mitteilungen des Majors von Stephani, die dieser der preußischen Regierung übermittelt habe, seien die preußischen Polizeibehörden nachgegangen und hätten sie nicht oder nur in ganz geringem, die öffentliche Ruhe und Ordnung in keiner Weise gefährdenden Maße bestätigt gefunden.

Aha! „In ganz geringem Maße!" Was nur alles bei Kommunisten bereits hinreicht, um das Maß der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vollzumachen!

Unter welchen Voraussetzungen ist Waffenbesitz verboten?

I. Innerhalb und außerhalb der Wohnung, der Geschäftsräume und des befriedeten Besitztums ist ausnahmslos verboten der Besitz von:

1. **Kriegsgeräten.** (Kriegs-Geräte-Gesetz vom 27. Juli 1927. R. G. Bl. 27., 239.)
   Dazu gehören unteranderem (§ 3 K. G. G.):
   a) **Pistolen und Revolver** — automatisch oder mit Selbstladevorrichtung —, wenn sie eine Lauflänge über 9,8 cm oder ein Kaliber über 8 mm haben.
   b) **Gewehre, Stutzen, Karabiner aller Modelle,** die zur Bewaffnung der Wehrmacht irgend eines Staates gehören oder gehören werden, sowie dazu gehörige Geschosse und Munition.
   c) **Geschütze und Minenwerfer jeder Art, Maschinenwaffen jeder Art und aller Kaliber,** sowie dazu gehörige Transportmittel und Sonderzubehör.
   d) **Handgranaten, Gewehr- und Wurfgranaten.**
   e) **Aufplanzbare Bajonette,** sowie für Kriegszwecke bestimmte Säbel.
2. **Waffenlagern** bzw. Munitionslagern, die nicht besonders genehmigt sind. (Schußwaffen-Gesetz vom 12. April 1928. § 23 R. G. Bl. 28., 146.)
   Ein Waffenlager bzw. Munitionslager liegt vor bei einem Bestand von:
   a) mehr als 5 Schußwaffen gleicher Art, oder
   b) mehr als 100 Patronen.
3. **Sprengstoffen.** (Sprengstoff-Gesetz vom 9. Juni 1884. R. G. Bl. 1884, 61.)

II. A. Außerhalb der eigenen Wohnung, der Geschäftsräume und des befriedeten Besitztums ist der Besitz anderer als der angegebenen Waffen nur verboten bei:

1. **Schußwaffen,**
   falls der Besitzer keinen auf seinen Namen lautenden Waffenschein bei sich führt (Sch. W. G. § 15. R. G. Bl. 28, 144.).
   Vergl. aber unter B: Besuch politischer Versammlungen.
2. **Hieb-, Stoß-, Stichwaffen,**
   (Waffen, die ihrer Natur nach bestimmt sind, durch Hieb, Stoß oder Stich Verletzungen beizubringen),
   falls der Besitzer keinen auf seinen Namen lautenden Waffenschein bei sich führt.
   (In dem Waffenschein darf das Führen dieser Waffen nicht ausgeschlossen oder eingeschränkt sein.)
   (Gesetz gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931. — R. G. Bl. 31, 77.)
   Vergl. aber unter B:

B. Jeglicher Waffenbesitz ist dem verboten, der gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint, selbst wenn es sich um den Besitz einer erlaubten Waffe handelt und er im Besitz eines Waffenscheins ist. (Gesetz gegen W. M. § 3.)

III. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen beauftragten Stellen können für ihren Amtsbereich oder Teile davon anordnen, daß bestimmte Schußwaffen, Munition, sowie Hieb-, Stich-, Stoßwaffen bei der Polizeibehörde anzumelden sind und auch in polizeiliche Verwahrung gegeben werden müssen.

(4. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931. R. G. Bl. 31, 742.)

Eine solche Anordnung ist bisher nur für Berlin bekannt. Es wird gebeten, sich an jedem Ort zu erkundigen, ob eine solche Anordnung vorliegt.

L. L.

Ungeheuerliche Strafanträge im Ohlauer Prozeß.

Staatsanwaltschaftsrat Haude beantragte am Sonnabend morgen folgende Strafen:

Gegen den Kreisleiter des „Reichsbanners" und Gewerkschaftssekretär Durnick wegen schweren Landfriedensbruchs, Waffenmißbrauchs und schweren Aufruhrs: 4 Jahre Zuchthaus gegen den Ortsgruppenleiter des „Reichsbanners" Blech wegen derselben Straftaten: 6 Jahre Zuchthaus, gegen den Angeklagten Vannin (Vater) wegen der gleichen Straftaten 5 Jahre Zuchthaus, gegen den Gewerkschaftssekretär Strulick wegen einfachen Landfriedensbruchs und schweren Aufruhrs 2 Jahre Zuchthaus, gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Manche wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raufhandel 4 Jahre Zuchthaus.

Die übrigen Anträge bewegen sich zwischen vier Monaten und zwei Jahren Gefängnis. Gegen 6 von den 43 Angeklagten wurde Freispruch beantragt.

Der „Vorwärts" ist vom Berliner Polizeipräsidenten verwarnt worden, weil dieser in einem Aufsatz des „Vorwärts" mit dem Schlußsatz: „Schluß mit dem zweierlei Recht, mit der einseitigen Begünstigung faschistischer Staatsfeinde und der Menschenjagd auf aufrechte Republikaner!" gegen die Mitglieder der Reichsregierung „den Vorwurf einseitiger Parteiregierung" erblickt.

Das Verbot der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" (NS), das der Oberpräsident erlassen hatte, ist auf eine Beschwerde hin aufgehoben worden mit der Bedingung, daß die Zeitung ihre „Verächtlichmachung der Reichsregierung" mit Bedauern zurücknimmt.

Wegen übler Nachrede wurde der verantwortliche Schriftleiter Binz vom „Völkischen Beobachter" zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte dem „Bayerischen Kurier" wegen eines Artikels über die SA landesverräterische Haltung vorgeworfen. Was es alles noch gibt in Bayern! Man kann sich ein derartig energisches Vorgehen gegen die Nazipresse in Preußen kaum vorstellen.

Das Berliner Sondergericht wird zum ersten Mal am 24. August tagen. Gegenstand der Verhandlung ist ein nationalsozialistisch-kommunistischer Zusammenstoß in der Proskauer Straße am 13. August. Angeklagte: der Kommunist Schmidtke und der Nazi Bickel.

Einer der Königsberger Tankstellen-Brandstifter, ein Nazi, ist während eines Landfriedensbruch-Prozesses gegen Kommunisten aus dem Zuhörerraum verhaftet worden. Er wurde von Zeugen als einer der Brandstifter wiedererkannt.

Klara Zetkin ist an einem Malariaanfall erkrankt. Sie liegt im Kreml-Krankenhaus. Zwei der besten Moskauer Aerzte beobachten sie ständig. Sie sagen, daß der Anfall normal verlaufe.

Mit Genehmigung des mecklenburgisch-schwerinschen Innenministers hat der Polizeichef dieses Landes rücksichtslosen Waffengebrauch der Polizei angeordnet in allen Fällen, in denen der Polizei Widerstand entgegengesetzt oder sie angegriffen würde. Gegenüber Brandstiftungen und anderen gemeingefährlichen Verbrechen soll rücksichtslos eingegriffen werden. — Wir werden abwarten, wie in dem nationalsozialistisch regierten Lande die Polizeiwaffen sich rücksichtslos gegen Nazis richten werden!

Reichsregierung — Arbeitsbeschaffung — Inflation.

Das Reichskabinett befaßte sich am Freitag nachmittag mit Einzelheiten des bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 200 Millionen Mark. Es beschloß ferner die Verteilung des sogenannten „Globalabstriches" an dem Haushalt 1932/33 in Höhe von insgesamt 11 Millionen Mark entsprechend den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums auf die einzelnen Ressorts.

In Kreisen der Reichsregierung hat man, wie gemeldet wird, weiterhin den Eindruck, daß eine Einigung über die großen, wirtschaftspolitischen Linien der Reichsregierung mit dem Reichsbankpräsidenten durchaus zu erreichen sei. Es handelt sich dabei um ein größeres wirtschaftliches „Aufbauprogramm", von dem die bisher bekanntgewordenen, weil schon im wesentlichen feststehenden Einzelheiten einer Arbeitsbeschaffung in Höhe von insgesamt 335 Millionen nur einen Teilauschnitt darstellen.

Das brauchbare Werkzeug aller Inflationsinteressenten, der Landrat a. D. Gereke, hatte zunächst am Donnerstag eine Unterredung mit dem Chef der Regierung, Schleicher, darauf am Freitag eine Aussprache mit dem Reichskanzler. Er kennt anscheinend den Instanzenzug gut! Es ist davon die Rede, daß Gereke zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt wird. Die Telegraphen-Union meldet allerdings: Ob und inwieweit die Reichsregierung auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden in ihrem eigenen wirtschaftlichen Aufbauprogramm glaubt berücksichtigen zu können, steht noch nicht fest.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen hat Anträge eingebracht gegen Brachts Bade-Erlaß und für Maßnahmen des preußischen Reichskommissars gegen die Lügen der Nazi-Presse.

Sie hat ferner beschlossen, gegen die Regierung Papen einen Mißtrauensantrag einzubringen.

Die Methode Jenke / Selbstmord der SA.

Unter Anwendung der neuerdings bei den Nazis beliebten Todesart kam der Landwirt Laabs in Zarben (Pommern) ums Leben: er hantierte mit einer Handgranate, die explodierte und ihn zerfetzte. Ueber seine politische Stellung ist nichts mitgeteilt; es ist aber nicht anzunehmen, daß der pommersche Landwirt Sozialist — oder gar Kommunist — war. Wären alle NS so dumm, so würden wir vorschlagen: jedem SA-Mann seine Handgranate!

In Spandau fiel ein Nazi einen Polizeihauptmann an, mit dem er in Streit geraten war. Der Hauptmann machte den Nazi mit Jiu-Jitsu kampfunfähig und brachte ihn zur Wache.

In Berlin am Donnerstag ein paar Zusammenstöße von Nazis mit Gegnern. In der Artilleriestraße überfiel eine Horde SA ein Arbeiterlokal, riß aber aus, als sie auf Widerstand stieß.

Ebenfalls in Neurode (Schlesien) kam es am Donnerstag zu einer Schlägerei von Nazis mit Mitgliedern der Eisernen Front und Kommunisten.

In einigen Warenhäusern im Wuppertal am Freitag Tränengasbomben.

Unterschätzt die Siedlung nicht!

Der Fachminister: Ueberschätzt die Siedlung nicht

Der deutsche Reichsernährungsminister Freiherr von Braun hat kürzlich am Rundfunk ausgeführt: Als durchschnittliche Stellengröße einer bäuerlichen Siedlung hätten sich 12 Hektar (48 Morgen) herausgestellt. Da nach dem Reichssiedlungsgesetz bis Ende 1930 schon 460 000 Hektar bereitgestellt worden seien, stünden nach den heutigen gesetzlichen Bestimmungen noch rund 690 000 Hektar oder 2,7 Millionen Morgen für Siedlungen zur Verfügung. Daraus könnte man also etwa 57 000 bis 58 000 bäuerliche Stellen schaffen. Davon müsse man rund 43 000 für Ansässigmachung der brotlos werdenden Landarbeiter abrechnen, sodaß nur etwa 15 000 Stellen mit bisher Arbeitslosen besetzt werden könnten. Wenn *sämtlicher* Großgrundbesitz in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark und Niederschlesien für Siedler aufgeteilt würde, so ließen sich auch nicht mehr als 250 000 Stellen schaffen. — Diese Summe, meint der Minister, würden die Rundfunkhörer sicherlich *sehr gering* finden, aber

man müsse von diesen nüchternen in den tatsächlichen Verhältnissen begründeten Zahlen und nicht von utopischen Millionen-Ziffern ausgehen.

Die landwirtschaftliche Siedlung könne keine plötzliche Hilfe in großem Umfange für die furchtbare Erwerbslosigkeit bringen. Die Zahl der Erwerbslosen, die direkt oder indirekt durch die Siedlung Beschäftigung finden können, falle nicht entscheidend ins Gewicht.

Der Minister legt in dem ersten Teil seiner Ausführungen dar, daß man nicht mit Millionenziffern von Siedlungen rechnen dürfe, weil dafür kein Platz vorhanden sei. Er begründet diese Behauptung damit, daß bei einer durchschnittlichen Stellengröße von 12 Hektar bei Aufteilung des gesamten Großgrundbesitzes in den östlichen Provinzen nur etwa 250 000 Stellen heraussprängen. Dreierlei ist an dieser Berechnung zu beanstanden:

erstens die Stellengröße von 12 Hektar im Durchschnitt,

zweitens, daß nur der Großgrundbesitz von mehr als 100 Hektar aufgeteilt werden soll,

drittens die Nichtbeachtung der mittelbaren Wirkungen der Siedlung auf den Arbeitsmarkt.

Wie groß muß eine lebensfähige Siedlung im Durchschnitt sein?

In Deutschland gibt es nach der Zählung von 1925 5 115 405 landwirtschaftliche Betriebe mit 25 598 159 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Von diesen Betrieben sind nur 1 777 781 Betriebe landwirtschaftliche Hauptbetriebe, also solche Betriebe, die ihren Inhaber ausschließlich aus dem Betrieb ernähren. Nur diese Betriebe kommen für eine Vergleichung mit den anzulegenden Siedlungen in Frage. Diese rund 1¾ Millionen Hauptbetriebe verfügen über den größten Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Leider gibt die Statistik des Deutschen Reichs, so ausführlich sie sonst gerade in landwirtschaftlichen Dingen ist, keine Auskunft über die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die zu diesen Betrieben gehört. Bei der Zählung von 1907 hat man eine solche Zusammenstellung gemacht. Weil sie wahrscheinlich zu aufschlußreich war, hat man diesmal darauf verzichtet. Aus den übrigen Angaben läßt sich aber errechnen, wieviel die Hauptbetriebe höchstens besitzen. Das sind rund 21 500 000 Hektar. Unterteilt man nun die Betriebe in solche, die bis zu 20 Hektar groß sind, und in solche, die über 20 Hektar groß sind, so erhält man folgendes Bild: Von den sämtlichen Hauptbetrieben sind 1 580 000 bis zu 20 Hektar groß, rund 200 000 sind größer als 20 Hektar. Die Betriebe bis zu 20 Hektar machen 90 Prozent aller landwirtschaftlichen Hauptbetriebe aus! Eine Zahl, die den Leser wahrscheinlich überraschen wird. Zweifelsohne wird es nicht unrichtig sein, zu schließen: Wenn heute 90 Prozent aller deutschen Hauptbetriebe nur bis zu 20 Hektar groß sind, so genügt diese Fläche auch für alle Betriebe, die heute neu errichtet werden sollen. *Im Durchschnitt entfällt aber auf jeden dieser Hauptbetriebe eine Fläche von nur 6,85 Hektar. Das ist nur etwa halb so viel, wie Herr von Braun angesetzt hat.*

Nun wird man einwenden — und Herr von Braun tut das —, man dürfe die ostelbischen Verhältnisse nicht mit den Reichsverhältnissen vergleichen. Wie liegt es denn in Ostelbien?

Ostpreußen hat rund 92 000 Hauptbetriebe mit rund 2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. 71 000 Betriebe sind bis zu 20 Hektar groß. Das sind rund 77 Prozent der Hauptbetriebe. Ihre Durchschnittsgröße ist 7,7 Hektar.

In Pommern gibt es rund 63 000 Hauptbetriebe, davon sind 50 000 Betriebe kleiner als 20 Hektar. Sie machen 80 Prozent aller Hauptbetriebe aus. Auf jeden einzelnen Betrieb kommen im Durchschnitt 9,2 Hektar.

In Brandenburg gibt es rund 87 000 Hauptbetriebe, 71 000 davon sind bis zu 20 Hektar groß. Das sind 82 Prozent aller dortigen Hauptbetriebe. Hier ist jeder Betrieb durchschnittlich 7,9 Hektar groß!

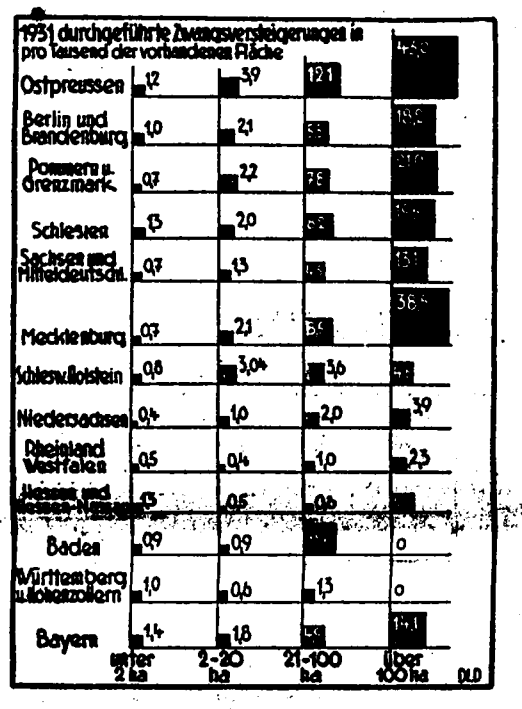
In der Grenzmark gibt es rund 16 500 Hauptbetriebe, hier entfallen 76 Prozent auf die Betriebe unter 20 Hektar. Die Durchschnittsgröße der Betriebe ist hier 8,9 Hektar!

In Niederschlesien, der letzten der vom Minister genannten Provinzen, sind von den rund 94 000 Hauptbetrieben 88 Prozent kleiner als 20 Hektar. Auf jeden der Betriebe entfallen hier 7,2 Hektar!

Alle Zahlen sind etwas anders als die Reichsdurchschnittszahlen. Aber sie sind nicht grundsätzlich anders. Stets sind mehr als 75 Prozent aller Hauptbetriebe kleiner als 20 Hektar. Stets sind sie im Durchschnitt kleiner als 9 Hektar! Als Durchschnittsgröße für die neuanzulegenden Siedlungen genügen also auch in Ostelbien 9 Hektar. Es sind nicht 12 Hektar nötig, wie Herr von Braun angegeben hat.

Daß es sich bei den ostelbischen Betrieben unter 20 Hektar tatsächlich um lebensfähige Betriebe handelt, beweist das folgende Schaubild:

Landwirtschaftliche Zwangsversteigerungen nach Betriebsgrößenklassen.



Wenn die Hauptbetriebe unter 20 Hektar, die im Osten durchschnittlich 9 Hektar groß sind, nicht lebensfähig waren, so müßten sie den Hauptteil an den Zwangsversteigerungen stellen. Wie lebensfähig diese kleinen Betriebe sind, ergibt sich auch daraus, daß der Verlust der Gläubiger in den Zwangsversteigerungen bei den Betrieben bis zu 20 Hektar rund 15 Millionen Mark beträgt, bei den Betrieben über 20 Hektar aber 44 Millionen Mark.

9 Hektar sind also ausreichend. Dadurch erhöht sich aber die vom Minister genannte Zahl der möglichen Stellen schon um 33 Prozent.

Welches Land kann besiedelt werden?

Auch die Begrenzung der Aufteilung auf die Betriebe über 100 Hektar ist nicht gerechtfertigt. Sehen wir uns auch hier erst die gesamtdeutschen Verhältnisse an. 90 Prozent aller landwirtschaftlichen Hauptbetriebe sind im Durchschnitt nur 6,8 Hektar groß. Auf den rund 26 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Nutzlandes in Deutschland könnten also rund 3 700 000 Hauptbetriebe angelegt sein. Vorhanden sind nur etwa 1 777 000 Betriebe. Es hat also schon etwas auf sich mit den Millionenzahlen. Um Deutschland in dieser Weise mit Siedlungen zu bedecken, würde die deutsche landwirtschaftliche Bevölkerung längst nicht ausreichen.

Aber auch wenn man nur die Provinzen betrachtet, die der Ernährungsminister genannt hat, erhält man das gleiche Bild: die landwirtschaftliche Nutzfläche in diesen Provinzen ist rund 8 Millionen Hektar groß. Darauf könnten bei durchschnittlich 9 Hektar pro Betrieb rund 900 000 Betriebe untergebracht werden. Auch hier würde die landwirtschaftliche Bevölkerung dieser Provinzen bei weitem nicht ausreichen, diese Betriebe zu füllen. Heute sind hier nur rund 350 000 Hauptbetriebe vorhanden.

An Raum fehlt es also nicht, um lebensfähige Siedlungen in ganz großer Zahl zu schaffen, in so großer Zahl, daß die Erwerbslosigkeit dadurch nicht nur wesentlich beeinflußt wird, sondern sogar beseitigt werden kann. Und das nicht vorübergehend, sondern dauernd. — Alles unter der Voraussetzung, daß außer dem Bodenmonopol auch die entscheidenden Verkaufsmonopole in der Industrie gebrochen werden.

Aber der Minister rechnet nicht einmal mit der Zahl von Siedlungen, die räumlich möglich wäre nach seinen eigenen Berechnungen, sondern er rechnet nur mit der Zahl, die nach den *heutigen gesetzlichen Bestimmungen* zulässig sind. Da kommt er dann auf nur 57 000 bis 58 000 und selbst wenn man 33 Prozent noch hinzurechnet, nur auf etwa 77 000. Hier zeigt der Minister sein politisches Gesicht. Raum ist vorhanden. Es gilt, die gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen, um diesen Raum füllen zu können. Er will es nicht. Er will seinen Klassengenossen ihre Herrenstellung erhalten. Er will darum den unrentablen Großgrundbesitz erhalten. Deshalb seine ungenauen Berechnungen, deshalb sein Stehenbleiben auf den heute bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Siedlung gegen Erwerbslosigkeit!

Wer nur an die Zahl der anzusetzenden Siedler denkt, vergißt, daß ein neu entstehendes Dorf auch andere als bäuerliche Arbeitsgelegenheit bietet, nämlich Arbeitsgelegenheit für Handwerker. Wer nur auf die neu entstehenden Dörfer starrt, vergißt, daß in der Nähe von bäuerlichen Siedlungen die Kleinstädte wachsen, wie das in neuerer Zeit zum Beispiel Loitz in Pommern, Tessin und Teterow in Mecklenburg-Schwerin beweisen. Wer an der Zahl von neun Hektar Land pro Siedlerstelle starr festhält, der vergißt, daß bei dichterer Besiedlung eines Landes die Bodenkultur intensiver zu werden pflegt, daß dann also weniger Land für die einzelne Stelle erforderlich ist. Wer nur auf den vorwiegend landwirtschaftlichen Osten Deutschlands sieht, der übersieht, welche Wirkung auf den industriellen Westen ausgehen würde von einer dichteren Besiedlung des Ostens.

Was in West- und Mitteldeutschland größerer Eingang von Aufträgen und geringerer Zustrom von Arbeitskräften — beide gleichzeitig einsetzend! — bewirken können, läßt sich kaum ausmalen.

Darum: *Unterschätzt die Siedlung nicht!*

Alfred Schär.

„Sonne, Licht, Luft für Alle."

Rückschau auf die Berliner Ausstellung für Anbauhaus, Kleingarten und Wochenende.

Um es vorweg zu sagen, die Ausstellung war im Ganzen genommen eine Enttäuschung. Wer sie wie wir in dem Bestreben besuchte, hinzuzulernen, kam nicht auf seine Rechnung. Die Ausstellung bot zwar Vielerlei in bunter Mischung, aber gerade dies war der Ausstellung größter Mangel. In bild- und propagandatechnischer Hinsicht wurde sicher viel Wertvolles geboten (so zum Beispiel die Fotomontagen „Der Weg zum neuen Leben" oder die anschaulichen Bildreihen und Plastiken der Halle III), der Inhalt war jedoch der Form durchaus nicht ebenbürtig. Was hätte mit den aufgewandten technischen Mitteln für eine Propaganda- und Bildungsarbeit auf dem Gebiete der Siedlung und des Kleingartenbaus geleistet werden können, wenn die Ausstellungsleitung ein klares und einheitliches Ziel und einen fest umrissenen Plan gehabt hätte, was Siedlung leisten kann und wie sie aussehen muß, um zu einer radikalen Lösung der brennenden sozialen Fragen beizutragen!

„Laubenglück am Lehnitzsee."

Statt dessen war die Ausstellung in der Hauptsache auf kleinbürgerliche „Wochenend"-Idylle zugeschnitten. Ganz kraß kam dies unter anderem zum Ausdruck in einer den sogenannten Arbeiter-Kultur-Organisationen eingeräumten Abteilung der Halle VII: „Wochenende — aber wie?" Es waren nur reformistische Organisationen vertreten und das von ihnen Ausgestellte war danach: vom „Arbeiter-Kegler-Bund" bis zum „Arbeiter-Angler-Bund" war alles vertreten. Was das noch mit Kultur zu tun hat, ist nicht verständlich, noch weniger allerdings, was *Arbeiter* in solchen Vereinen und Klübchen verloren haben in einer Zeit der zunehmenden Reaktion und Faschisierung.

Unser Hauptinteresse konzentrierte sich natürlich auf jene Abteilungen der Ausstellung, in denen praktische Beispiele von Anbau- und Siedlungshäusern aufgebaut waren, und Anregungen für Kleingartenbau und Siedlung gegeben wurden. Auch hier das uneinheitliche Bild einer Baumesse, die aus reinen Reklamegründen von den verschiedensten Firmen beschickt wird. Das wirkt sich unter anderem auch dahin aus, daß man den Eindruck bekommt, diese Bauunternehmer haben von *Normierung* noch nie etwas gehört oder verstehen wenigstens nicht, deren große praktischen Vorteile (durch die Möglichkeit industrieller Serienanfertigung und entsprechender Verbilligung) ihren Kunden nutzbar zu machen. Damit daß *einzelne* Firmen Serienhäuser herstellen, ist es ja noch nicht getan. Die Baufirmen sollten sich *unter einander* im Interesse der Hauskäufer einigen auf die ausschließliche Verwendung von genormten Fenstern, Türen und sonstigen Bauteilen. Das braucht durchaus nicht zu Einförmigkeit zu führen, es könnten ja jeweils einige Größen zur Wahl gestellt werden wie bei den DIN-Formaten auf anderem Gebiete.

In der Abteilung der Wochenend-, Klein- und Siedlungshäuser waren auch die meisten und brauchbarsten Anregungen zu finden.

Das wachsende Anbauhaus.

Am besten durchdacht erschien uns das „Wachsende Anbauhaus" von Stadtbaurat Martin Wagner (Berlin), über das dieser auch ein Buch veröffentlicht hat. Die noch reichlich hohen Preise lassen sich durch *Mitarbeit der Siedler* wesentlich herabdrücken. Auch bei den übrigen Häusern war *im einzelnen* manches Neue und Praktische (zum Beispiel die auf Werften fabrizierten und daher „Werfthäuser" genannten Bauten Professor Bartnings) zu beobachten, doch reichte keines an das Wagnersche Musterhaus heran.

Die wachsende Siedlung.

Das „Wachsende Haus" von Leberecht Migge, dem Gartenbauarchitekten und Gründer der „Worpsweder Siedlerschule", und seine Vorschläge einer *„Wachsenden Siedlung"* für Nebenerwerbs- und Vollerwerbssiedler erschienen uns als das zweite Glanzstück der Ausstellung „Sonne, Licht, Luft". Angehende Siedler werden aus seinen Vorarbeiten und Plänen gewiß großen Nutzen ziehen, auch dann, wenn sie in Einzelheiten von seiner Linie etwas abweichen mögen. Die Ausstellung der „Worpsweder Siedlerschule" zeigt gerade das den anderen noch sehr Abgehende: die Anpassung an die moderne Technik und Industrie, das Herausholen möglichst aller Vorteile durch Planung und Normierung. Darin dürften sie kaum noch zu übertreffen sein, hierin beruht ihr Vorsprung vor den anderen Ausstellern.

Allgemein bekam man aus der Bauausstellung den Eindruck, bei einigem guten Willen und gemeinsamer vernünftiger Ueberlegung lassen sich für einfache Ansprüche und bei Mitarbeit der Siedler äußerst billige und doch einwandfreie kleine Häuser erstellen, die nicht viel mehr als tausend Mark kosten und die allmählich ausgebaut werden können. Hier liegt noch manches Neuland vor uns. Es wäre zu wünschen, daß die nächste Ausstellung es noch besser erschließt.

R. Höll.

Reichsinnenminister von Gayl für Agrarreform.

„Unsere Reformagrargesetzgebung mit allen Maßnahmen für die innere Kolonisation wird nichts erreichen, wenn nicht ein gewaltiger Sturm der öffentlichen Meinung die gesetzgeberische Tätigkeit stützt, treibt und drängt, sie auch unter bodenreformerischem Einschlag zu vollenden!"

Das sagte, wie die Zeitschrift „Bodenreform" Nr. 33, vom 14. August 1932, ausgräbt, der jetzige deutsche Reichsinnenminister auf einer Bodenreformer-Tagung im Jahre 1912.

In einem Vortrag am 18. Februar 1913 über „Landflucht, Landnot und innere Kolonisation" forderte er, daß „die notwendige Reform unserer Agrargesetzgebung mit bodenreformerischem Einschlag begonnen und vollendet werde".

20 Jahre sind eine lange Zeit! Es wird aber wohl nichts nützen, das Gedächtnis des Reichsinnenministers aufzufrischen, wie die Bodenreformer es versuchen. Wirkliche Bodenreform kann nicht *mit*, sondern *gegen* die Junker durchgeführt werden!